



iran-report

Nr. 07/2002

ایران رپورت

I. Innenpolitik:

Chatamis Politik der „behutsamen Schritte“ gescheitert - Konservative verzeichnen Erfolge im Machtkampf - Resignation in der Bevölkerung - Gerüchte über eine „dritte Kraft“ unter Rafsandjanis Einfluss / Chatamis zweite Pressekonferenz nach Wiederwahl enttäuschend - Keine deutlichen Worte an die Rechten - Chatami gesteht Erfolglosigkeit der „Behutsamen Schritte“ ein / Gerüchte über einen Staatsstreich der Rechten - Verhängung des Ausnahmezustands geplant? - Intervention Chatamis / Rechtsanwalt Nasser Zarafshan zu 5 Jahren Gefängnis und 50 Peitschenschlägen verurteilt / Konservative richten eigene Geheimdienste ein - Boykott der Geheimdienstreform / Offener Brief von Studentenführer Ali Afshari an Revolutionsführer Chamenei / Die Affäre Mohadjerani / Eine Woche Hafturlaub für inhaftierte Journalisten / Verhöre von Künstlern und Schriftstellern - Kampagne der Rechten läuft weiter

II. Wirtschaft

Auslandsschulden belaufen sich auf 7 Milliarden US-Dollar / Iranische Zentralbank wechselt 50% ihrer Devisenreserven in Euro - Künftig neben US-Dollar Abrechnungseinheit für Außenwirtschaft / Chatami: „Unsere Wirtschaft ist krank“ / Bericht der Weltbank - 6% BSP-Wachstum in 20 Jahren / Iranische Zentralbank: Hohe Investitionsrisiken - Kapitalflucht nimmt zu / Starker Anstieg von Armut und Arbeitslosigkeit / Arbeitslose Ärzte verlassen Iran / Flucht der „klugen Köpfe“

III. Außenpolitik

Eintägiger Staatsbesuch Chatamis in Kabul - Handelsabkommen unterzeichnet - Finanzhilfe für Afghanistan angekündigt - Vorwurf der Unterstützung von Al-Qaida-Mitgliedern energisch zurückgewiesen / Donald Rumsfelds Reaktion auf die Auslieferung von Al Qaida-Mitgliedern an Saudi-Arabien / Wirtschaftsminister Müller in Teheran - Investitionsschutzabkommen erneuert / USA sagen aus Sicherheitsgründen Teilnahme an den Weltmeisterschaften im Freistil-Ringen ab / Die iranische Position in der aktuellen Irak-Krise

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 08/2002 Anfang Oktober) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im September 2002

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung
alvarez@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de

I. Innenpolitik

Chatamis Politik der „behutsamen Schritte“ gescheitert

Die innenpolitische Situation in Iran spitzt sich von Monat zu Monat zu. Politische Beobachter im Land sind sich einig, dass Präsident Chatami mit seiner Politik der „behutsamen Schritte“ und dem Versuch, zumindest einen Teil der Rechten zum Einlenken zu bewegen, endgültig gescheitert ist. In der Tat schlugen die konservativen Islamisten schon vor geraumer Zeit die ausgestreckte Hand des Präsidenten aus. Die Ereignisse der letzten Monate verdeutlichen die Entschlossenheit der Rechten, die Reformbewegung mit allen Mitteln zur Kapitulation zu zwingen. Willkürliche Urteile, nicht nur gegen unliebsame Journalisten und Intellektuelle, sondern sogar gegen Parlamentsabgeordnete, Verbote von Zeitungen, Blockade von Parlamentsbeschlüssen durch den Wächterrat und damit die nahezu völlige Entmachtung des Parlaments, Verhöre von hunderten von Schriftstellern, Filmemachern und Künstlern und eine Kampagne gegen die Vordenker der Reformbewegung bestätigen, dass die Konservativen das Ende der Reformbewegung herbeizwingen wollen. Einen wichtigen Erfolg erzielten sie auf diesem Weg bereits: Die Hoffnung der Bevölkerung, Präsident Chatami könne das Land durch Reformen aus der Stagnation führen und demokratische Strukturen etablieren, ist weitgehend erschüttert. Eine breite Mehrheit gesteht Chatami zwar außerordentliche intellektuelle Qualitäten und guten Willen zu, wirft ihm aber fehlendes Durchsetzungsvermögen und mangelnde politische Führungskraft vor – genau dieses Bild wurde von den Rechten stets suggeriert. Sie griffen Chatami nie direkt an, banden ihm aber die Hände. Er durfte reden, aber nicht handeln. Diese Taktik führte offensichtlich zum Erfolg. Von den Millionen Wählern, die Chatami noch im vergangenen Jahr in eine zweite Amtsperiode wählten, ist nur noch ein kleine Minderheit davon überzeugt, dass der Präsident seine vor der Wahl benannten Ziele durchsetzen kann. Doch nicht nur Wähler, sogar engste Verbündete des Präsidenten gehen auf Abstand zu ihm – der zweite, wichtige Erfolg, den die Rechten erzielten. Die Spaltung, die sich in den letzten Monaten in den

Reihen der Reformbewegung vollzieht, ist nicht mehr zu übersehen. Prominente Mitglieder der Bewegung, Parlamentsabgeordnete, Journalisten und Intellektuelle kritisieren den Präsidenten immer offener, werfen ihm Untätigkeit und Mangel an Widerstandskraft und Mut vor. Einige unter ihnen schlagen vor, die Reformer sollten Parlament und Regierung verlassen und ihre politische Arbeit außerhalb der offiziellen Strukturen fortsetzen.

Ein dritter Erfolg der Rechten besteht darin, dass sich innerhalb der Bevölkerung Hoffnung, Begeisterung und Engagement der letzten zwei Jahre inzwischen in Resignation aufgelöst haben. Vor allem Jugendliche haben ihre in Chatami gesetzten Hoffnungen mittlerweile aufgegeben. Die Zahl der ins Ausland emigrierenden Studenten und Jungakademiker stieg in diesem Jahr im Vergleich zu den Jahren davor stark an, ebenso die Zahl der Drogensüchtigen.

Ob das Gefühl der Ausweglosigkeit zu einer Rebellion führen könnte, ist unklar. Denn auch die studentischen Organisationen sind, nicht zuletzt durch das Wirken der Rechten, in miteinander rivalisierenden Gruppen zerfallen.

Gründe für den Erfolg der konservativen Strategie sind vor allem die weiterhin uneingeschränkte Kontrolle der Rechten über die Schlüsselpositionen im iranischen Machtapparat und die rücksichtslose, zum Teil gesetzwidrige Durchsetzung ihrer Interessen gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit. Zudem erhielten die Konservativen Schützenhilfe aus den USA: die Drohungen aus Washington boten den Rechten eine willkommene Gelegenheit, die längst verblassten Feindbilder USA und Israel wiederzubeleben und ihre fanatisierten Anhänger gegen die Reformbewegung und deren offene Außenpolitik zu mobilisieren. Seit der Gründung des Gottesstaates brachten die Islamisten die iranische Bevölkerung stets mit Feindbildern hinter sich.

Die Frage ist nun, welche Möglichkeiten sich für die unmittelbare Zukunft Irans abzeichnen. Gibt es zum Reformkurs Chatamis eine Alternative? Denkbar wäre, dass die Reformbewegung den bisherigen Kompromisskurs als beendet erklärt und eine Konfrontation mit den Rechten in Kauf nimmt. Die Folgen ei-

ner solchen Entscheidung wären unabsehbar. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Rechte keine Gewalt scheuen würde, um die eigene Macht zu erhalten. Das ist vermutlich der Grund, der Chatami daran gehindert hat, die Konflikte offen auszutragen.

Die Reformer könnten aber auch einfach das Handtuch werfen und sich, wie bereits von einigen vorgeschlagen, aus der offiziellen Politik zurückziehen. In diesem Fall ist schwer einzuschätzen, wie die Bevölkerung reagieren würde. Es könnte zu einer Rebellion kommen, es könnte aber auch sein, dass die bereits spürbare Resignation sich soweit vertieft und verbreitet, dass die Entwicklung des Landes über längere Zeit stagniert.

Es gibt noch eine dritte Alternative, über die man zurzeit in Iran ernsthaft diskutiert. Gerüchten zufolge soll Ex-Staatspräsident Rafsandjani, der zu den mächtigsten Figuren der Islamischen Republik gehört, derzeit eine „Dritte Kraft“ organisieren. Diese würde die moderaten Konservativen, die gemäßigten Reformer und die Gruppe der „National-Religiösen“ umfassen. Die National-Religiösen, die zum Teil in der Gruppe „Freiheitsbewegung“ organisiert sind, erkennen die Verfassung der Islamischen Republik an, befinden sich jedoch seit Jahren in halblegalem Zustand. Sie genießen in der Bevölkerung eine große Popularität. Vor zwei Jahren wurden zahlreiche führende Mitglieder dieser Strömung im Zuge der ersten großen Kampagne gegen die Reformbewegungen verhaftet, jedoch vor einigen Monaten wieder freigelassen. Diese unerwartete Milde der Justiz diente als Bestätigung für die Pläne Rafsandjanis. Doch ebenso unerwartet beschloss vor wenigen Wochen die islamische Justiz, die sich in der Hand der Rechten befindet, das Verbot sämtlicher Organisationen und Gruppen der National-Religiösen Strömung. Auch die Prozesse gegen prominente Vertreter dieser Strömung wurden wieder aufgenommen – alles Maßnahmen im Rahmen der zweiten großen Kampagne, die zurzeit im Gang ist. Dies wirft die Frage auf, ob die Ultrarechte das Ruder an sich gerissen hat und Rafsandjani mit seinem Plan gescheitert ist. Für ein endgültiges Urteil ist es nach Ansicht politischer Beobachter in Teheran allerdings noch zu früh. Denn einige Faktoren begünstigen Rafsandjanis Plä-

ne. Obwohl er wie kein anderer unter den führenden Politikern verhasst ist, werden ihm Fähigkeiten zuerkannt, die man Chatami abspricht. Er gilt als der „große Macher“, als jemand, der genügend Führungskraft besitzt, um das Land zumindest vom gegenwärtigen Chaos zu befreien und die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Je schwächer Chatamis Regierung wirkt, desto günstiger wird die Lage für Rafsandjani.

Chatamis Pressekonferenz

Am 28. August gab Staatspräsident Chatami eine bereits Wochen vorher angekündigte und daher mit großer Spannung erwartete Pressekonferenz, die zweite nach seiner Wiederwahl. Viele Menschen im Land hofften, der Präsident werde offen und klar zu den Ereignissen der letzten Monate Stellung nehmen. Doch wie schon oft wurden die Erwartungen enttäuscht. Zwar äußerte sich Chatami zu einigen Punkten klarer als bisher, aber nach Meinung politischer Beobachter nicht klar genug. Im Folgenden eine Zusammenfassung der entscheidenden Aussagen.

Chatami sagte, er habe sich stets nach der Verfassung gerichtet und er habe keineswegs die Absicht, die Verfassung zu ändern. Gemäß dieser Verfassung habe der Staatspräsident zwei Aufgaben, er stehe an der Spitze der Regierung und sei für die Einhaltung und Durchsetzung der Verfassung verantwortlich. „Ich habe vor drei Jahren bei einem Treffen mit Juristen erklärt, dass der Staatspräsident für die Einhaltung und Durchsetzung der Verfassung verantwortlich ist, jedoch nicht einmal über ein Mindestmaß an Möglichkeiten verfügt, um diese Aufgabe zu leisten“, sagte Chatami. „Ich habe nach Auswegen gesucht, bin sehr behutsam vorgegangen, habe für Verständnis geworben. Aber ich muss jetzt gestehen, dass ich in diesem Bereich keinen Erfolg hatte. Ich habe wiederholt auf Missachtungen der Verfassung hingewiesen, doch meine Hinweise wurden ignoriert. Man versucht nun sogar, dem Staatspräsidenten dieses verbrieftete Recht abzusprechen. Deshalb werde ich demnächst dem Parlament einen Gesetzentwurf vorlegen und hoffe mit der Verabschiedung dieses Gesetzes meinen Verpflichtungen besser nachkommen zu können.“

Auf die Frage eines Journalisten, wie er reagieren würde, wenn das Gesetz zwar vom Parlament verabschiedet, aber vom Wächterrat abgelehnt werden würde, antwortete Chatami, der Wächterrat könne ein Gesetz, das eindeutig mit der Verfassung identisch und nicht interpretierbar ist, nicht ablehnen. Und er fügte hinzu, ein Staatspräsident, der nicht in der Lage sei, seinen Pflichten nachzukommen und seine Versprechen an das Volk einzuhalten, taue nichts. Die Verfassung biete natürlich auch für solche Fälle bestimmte Auswege. Chatami präziserte diese zwar nicht, bezog sich aber vermutlich auf die Möglichkeit einer Volksbefragung, die die Verfassung als letzten Ausweg vorsieht. Es bleibt dahingestellt, ob Chatami im Ernstfall tatsächlich einen solchen Schritt wagen würde.

„Wir alle müssen dafür sorgen, dass sich die Resignation im Volk nicht breit macht und dass die Menschen in unserem Land nicht nach Lösungen suchen, die außerhalb unserer Staatsordnung liegen“, sagte Chatami. Ein Journalist erinnerte den Präsidenten an sein Versprechen, die Freiheit der Presse, die Rechte der Verbände und Individuen zu verteidigen. Doch in den letzten Monaten seien zahlreiche Zeitungen verboten und Mitglieder der „Freiheitsbewegung“ gerichtlich verfolgt worden. Was gedenke der Staatspräsident dagegen zu unternehmen?

Er stehe zu seinem Wort, erwiderte Chatami. Doch es gäbe auch für ihn Hindernisse. Jedenfalls müsse er deutlich sagen, dass nach seiner Kenntnis, die Verfassung die Rahmenbedingungen für politische Prozesse festgelegt habe. Solche Prozesse müssen öffentlich sein und in Anwesenheit von Geschworenen durchgeführt werden. Das gelte auch für Zeitungen und Zeitschriften. Er habe oft die Behörden auf diese Vorschriften aufmerksam gemacht. Doch man habe seine Warnungen überhört. Man sei soweit gegangen, dass eine Zeitung vor dem Erscheinen verboten wurde. All dies dürfe nicht geschehen. Allerdings dürfe man auch nicht Unruhe stiften. Die Presse dürfe die nationalen Interessen nicht gefährden. Dennoch wolle er betonen, dass die Methoden der Justiz oft nicht mit der Verfassung vereinbar seien. Diese Aussage war die zweifelsohne die gewagteste Chatamis.

Auf die Frage eines Journalisten, wie er den Vorschlag einiger Reformer, sich aus der Macht zurück zu ziehen, beurteile, erwiderte der Präsident, er halte dies für abwegig. Er sagte: „Wenn eine Fraktion entschlossen ist, um jeden Preis den eigenen Willen durchzusetzen, auch wenn dieser Wille den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes entgegengesetzt ist, dann können wir sicher sein, dass alle, die mit dieser Fraktion nicht übereinstimmen, von der Macht verjagt werden. Sie wird nicht warten, bis die Gegner von selbst das Feld räumen.“ Selbstverständlich müssten alle, die dem Volk dienen wollen, auch die Möglichkeiten und die Mittel dazu erhalten. Das Volk werde zu unterscheiden wissen, wo die Wahrheit liege und ob es bei der Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen um die Durchsetzung von bestimmten Ideen und Vorstellungen gehe oder darum, Persönlichkeiten, die die Forderungen der Bevölkerung vertreten vom Volk zu trennen und eigene Interessen durchzusetzen.

Chatami kam während der Pressekonferenz auch auf die wirtschaftliche Lage zu sprechen. Das Hauptproblem sei die Arbeitslosigkeit. Die Regierung müsse in den nächsten drei Jahren rund eine Million neue Arbeitsplätze schaffen, ein Ziel, das ungeheuer schwer zu erreichen sei. Seine Regierung habe ein Notprogramm eingeleitet, mit dem Ziel 300.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Er hoffe, bis zum Frühjahr nächsten Jahres das Projekt zum Abschluss bringen zu können.

Zum Schluss seiner Ausführungen betonte Chatami, er werde niemals seine Grundsätze aufgeben. Dazu gehöre das Bemühen, alles, was die allgemeine Ruhe stören und zur Aufruhr führen könnte, zu vermeiden. „Man muss manchmal schweigen und manchmal das sagen, was gesagt werden muss“, sagte er. „Wir müssen die Möglichkeiten der Verfassung ausschöpfen und dafür sorgen, dass die Gesetze angewendet werden“. Chatami bezeichnete seine Regierung als stark und zäh. Die Regierung habe eine schwere Last zu tragen. In der Geschichte der islamischen Republik sei bisher keine Regierung derart rigoros kritisiert worden wie seine. Es sei ein Zeichen der Stärke, dass sie dieser Kritik Widerstand geleistet habe. Die Verantwortlichen der Regierung

seien trotz einer bedrohenden Unsicherheit ihrer Arbeit nachgegangen. Der Präsident forderte alle politischen Fraktionen und Gruppen auf, jede Attacke, die die Konflikte entfachen könnte, zu unterlassen und sich stattdessen um die Lösung der Probleme zu bemühen.

Drei Tage nach Chatamis Pressekonferenz veröffentlichten 161 Parlamentsabgeordnete eine Erklärung, in der sie ankündigten, die Gesetzesentwürfe, die Chatami dem Parlament vorlegen werde mit aller Kraft zu unterstützen. Laut Verfassung sei der Präsident für die Einhaltung der Verfassung verantwortlich. Es sei selbstverständlich, dass er zur Wahrnehmung dieser Aufgaben mit entsprechender Macht ausgestattet werden müsse. Damit ist die Verabschiedung der Regierungsvorlage gesichert. Fraglich ist natürlich, ob der Wächterrat das Gesetz passieren lässt. Sollte eine Ablehnung erfolgen, bliebe nur noch die Möglichkeit einer Volksbefragung, doch die möchte Chatami unter allen Umständen vermeiden.

Gerüchte über einen Staatsstreich der Rechten

Am 20. August berichtete die staatliche Nachrichtenagentur „IRNA“ über ein Schreiben an Revolutionsführer Chamenei und andere konservative Amtsträger, in dem eine nicht genannte Gruppe die Ausrufung des Ausnahmezustandes verlangt. Zwei Tageszeitungen hätten am Tag zuvor von diesem Schreiben berichtet. Ohne die Namen der Zeitungen zu nennen, berichtet IRNA, dass die Gruppe ein entschlossenes Vorgehen gegen führende Reformer, schärfere Kontrollen der Presse und eine klare Strategie für den Fall eines militärischen Angriffs der USA gegen Irak fordert.

Dieser Bericht scheint Gerüchte zu bestätigen, die sich seit Monaten im Umlauf befinden. Danach soll eine mächtige Gruppe unter den Islamisten, dabei sein, Vorbereitungen zu einem letzten, vernichtenden Schlag gegen die Reformbewegung zu treffen. Der Plan soll mit der Ausrufung des Ausnahmezustands beginnen und rasch durchgesetzt werden. Mehrere hundert Reformer sollen verhaftet werden.

Überlegungen zur Ausrufung des Ausnahmezustands scheinen im Januar diesen Jahres aufgekommen zu sein, als US-Präsident Bush den Iran neben Nordkorea und Irak als „Achse des Bösen“ bezeichnete. Es wird vermutet, dass konservative Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrats den Vorschlag auf die Tagesordnung setzten. Der Vorschlag soll sogar mehrheitlich angenommen, aber aufgrund einer Intervention von Präsident Chatami vertagt worden sein.

Der Bericht der Nachrichtenagentur rief heftige Reaktionen der Reformer hervor. Der bekannte Journalist Abbas Abdi meinte, die Gruppe, die die Ausrufung des Ausnahmezustands fordert, habe keine Basis im Volk. Ein solcher Schritt könne nur den Interessen der USA dienen, nicht denen des Iran. Seiner Ansicht nach befinde sich das Land ohnehin in einem Ausnahmezustand, denn das Parlament werde daran gehindert, Beschlüsse zu fassen und der Presse werde nicht erlaubt, frei zu berichten.

Der Chefredakteur der verbotenen Tageszeitung „Noruz“ Karim Arghandehpur bezeichnete den Plan der Rechten als „Staatsstreich gegen die Reformer“. Sollte der Plan verwirklicht werden, müsse man die Hoffnung auf Reformen begraben. Er forderte die führenden Vertreter der Konservativen auf, offen und eindeutig zu dem Plan Stellung zu nehmen.

Auch die Konservativen äußerten sich zu dem Bericht. Hamid Reza Tarraghi, Mitglied der konservativen Gruppe „Motalefeh“ erklärte, die Behauptung, das Land befinde sich in der Krise, sei eine Übertreibung. Im Iran herrsche kein Ausnahmezustand. Alles gehe seinen natürlichen Gang. Von einem Schreiben, von dem IRNA berichtet, habe er nichts gehört und die Idee von der Ausrufung eines Ausnahmezustands sei in seinen Kreisen nie erörtert worden. Ein Angriff der USA auf Irak würde den Amerikanern selbst schaden. Iran sollte sich darüber keine Sorgen machen. „Unser Problem besteht darin, dass die so genannten Reformer nicht in der Lage sind, die Probleme des Landes zu lösen“, sagte Tarraghi. Diese Tatsache werde von der Bevölkerung immer klarer erkannt, dementsprechend würden immer mehr Menschen ihre Ansicht über die Reformbewegung ändern.

Dieser natürliche Prozess dürfe nicht künstlich aufgehalten werden.

Mohammad Anbarlui, Redakteur der konservativen Tageszeitung „Resalat“ bezeichnete die Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich als das Werk jener, die er als Lakai der USA bezeichnete. „Diese Leute versuchen die Flucht nach vorn“, sagte er. „Sie wollen, wenn sie demnächst gerichtlich verfolgt oder der Wut der Massen ausgesetzt werden, behaupten können, alles sei zuvor geplant gewesen. Sie irren sich. Sie sollten lieber in den Schoß des Volkes zurückkehren und die Zusammenarbeit mit den Feinden kündigen.“

Rechtsanwalt Nasser Zarafshan zu 5 Jahren Gefängnis und 50 Peitschenschlägen verurteilt

Der bekannte und geachtete Rechtsanwalt Nasser Zarafshan wurde am Mittwoch, den 14. August gegen 17 Uhr auf offener Straße von zwei Sicherheitsbeamten verhaftet. Seine Popularität erlangte Zarafshan vor allem im Zusammenhang mit den „Kettenmorden“ von 1999, bei denen der Oppositionspolitiker Foruhar, dessen Frau und die beiden Schriftsteller Pujandeh und Mochtari ermordet worden waren. Unter dem Druck der Öffentlichkeit musste das Informationsministerium offiziell zugeben, Angestellte des Ministeriums hätten die Morde durchgeführt. Im nicht-öffentlich stattfindenden Prozess zu diesen Fällen vertrat Zarafshan die Opfer. Nun wurde ihm selbst der Prozess gemacht. Vorgeworfen wurde ihm der Verrat von Staatsgeheimnissen und der illegale Besitz von Waffen und alkoholischen Getränken, das Gericht verurteilte ihn zu fünf Jahren Gefängnis und fünfzig Peitschenschlägen. Nach Angaben der Familie leidet Zarafshan unter Lungenkrebs, es sei bei ihm bereits eine Resektion der rechten Lunge durchgeführt worden.

Zarafshan ist bereits der sechste Anwalt, der wegen Verteidigung von Oppositionellen mit einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt wird. Gegen seine Verhaftung protestierten zahlreiche Verbände und Organisation, unter anderem der iranische Schriftstellerverband, dessen Mitglied er ist. Zarafshans Verteidiger gab bekannt, dass er gegen das Urteil Widerspruch eingelegt

habe. Die Anklageschrift sei so diletantisch, dass kein normaler Richter sie ernst nehmen könnte.

Eigener Geheimdienst für die Justiz

Als das iranische Informationsministerium nach den Morden an Schriftstellern und Politikern offen zugeben musste, dass die Morde von Angestellten des eigenen Ministeriums geplant und ausgeführt worden seien, erklärte Präsident Chatami, er werde dafür sorgen, dass das Ministerium von solchen Verbrechern „gesäubert“ werde. Erst kürzlich erklärte Informationsminister Ali Junesi, die „Säuberungen“ in seinem Ministerium seien durchgeführt und abgeschlossen worden. Eine Wiederholung vergangener Ereignisse sei ausgeschlossen.

Bereits kurze Zeit nach den Kettenmorden und der Absichtserklärung der Regierung, das Informationsministerium „säubern“ zu wollen, erklärten Vertreter der Konservativen, Sicherheitsdienste sollten nicht in einem Ministerium konzentriert werden. Beobachter äußerten damals die Ansicht, die Rechte hege die Absicht, der Regierung Chatami die Verantwortung für den Geheimdienst zu entziehen und unter dem Vorwand der Dezentralisierung selbst die Kontrolle über geheimdienstliche Aktivitäten zu übernehmen. Dieses Vorhaben versuchte das Parlament durch ein Gesetz zu verhindern, das die Konzentration der Geheimdienste auf das Informationsministerium festlegte.

Nichtsdestotrotz steht inzwischen fest, dass mehrere Institutionen, die von den Rechten kontrolliert werden, darunter das Büro des Revolutionsführers, die Organisation der Revolutionswächter und sogar die Justiz eigene Geheimdienste eingerichtet haben.

Dieser Umstand veranlasste Informationsminister Junesi kürzlich zu der Äußerung, mit Ausnahme der Streitkräfte bleibe die geheimdienstliche Tätigkeit ausschließlich dem Informationsministerium vorbehalten. Doch in zahlreichen Fällen haben islamische Gerichte, insbesondere das Revolutionsgericht, bei politischen Prozessen eigene geheimdienstliche Erkenntnisse zur Verurteilung von Angeklagten zugrunde gelegt. In zahlreichen Fällen wurden sogar Erkenntnisse der Justiz, die denen

des Informationsministeriums entgegen-gesetzt waren, vorgezogen. So zum Bei-spiel bei dem Prozess gegen die Freiheitsbewegung, die nach Meinung des Revolutionsgerichts umstürzlerische Absichten hatte. Dazu erklärte der In-formationminister, nach Erkenntnissen seines Ministeriums sei der Vorwurf völlig unbegründet.

Offener Brief von Ali Afshari an Revo-lutionsführer Chamenei

In einem offenen Brief an den Revolu-tionsführer Chamenei beschrieb Studen-tenführer Ali Afshari ausführlich sei-ne Haftbedingungen und Folterungen, mit denen er zu einem Geständnis ge-zwungen werden sollte. Afshari wurde nach seiner Teilnahme an der Berliner Iran-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Teheran verhaftet und nach zeitweiliger Freilassung erneut inhaf-tiert. Insgesamt habe er 356 Tage in Haft verbracht, davon 328 Tage in Ein-zelhaft, so Afshari in seinem Brief. Dabei habe er Tag für Tag die Willkür der Justiz und Gesetzesbrüche am eigen-en Leib erlebt. Schon seine Verhaf-tung sei ohne ausreichende Verdachts-gründe erfolgt. Während der Haft habe er physische und psychische Qualen er-leiden müssen. Man habe ihn immer wie-der über längere Zeit am Schlafen ge-hindert. Dabei habe er sitzen oder stehen müssen. Man habe ihm die Augen gebunden und ihn geschlagen, habe ihn beschimpft und beleidigt, ihn ans Bett gebunden und mit einer Drahtpeitsche geschlagen, ihn zweimal gezwungen, vor einer Scheinhinrichtung sein Testament zu schreiben, ihm gedroht, seine Fami-lienangehörigen zu verhaften, ihn über politischen Ereignisse im Land falsch informiert. Nach etwa einem Monat ständiger Qualen sei er innerlich zu-sammengebrochen, so weit, dass er vor den Folterern kapituliert habe. Dann habe man ihn zu falschen Geständnissen und Stellungnahme gegen die Reformbe-wegung und studentischen Organisatio-nen gezwungen und ihn zwingen wollen, für den Geheimdienst zu arbeiten. Er habe bestätigen müssen, dass alle Be-mühungen der Reformen und Studenten nach Demokratisierung der Gesellschaft nach einem vom amerikanischen Geheim-dienst CIA entworfenen Plan erfolgten und sowohl die Auslandsopposition als auch die Gruppen, die als National-Religiös bezeichnet werden, in Koordi-nation mit ausländischen Geheimdien-

sten den Sturz der Islamischen Repu-blik vorbereiten würden. In seinem Scheingeständnis habe er zudem bestä-tigen müssen, dass auch die Studenten-revolte im Sommer 1999 den Prozess des Umsturzes beschleunigen sollte. Man habe ihn zu einem Fernsehinterview ge-zwungen und ihm zuvor die Antworten auf Fragen diktiert, später allerdings versprochen, das Interview nicht zu senden. Bekanntlich sei es doch im staatlichen Fernsehen gesendet worden.

Die Affäre Mohadjerani

Ataollah Mohadjerani, der nach einer Kampagne gegen ihn sein Amt als Chata-mis Kulturminister aufgeben musste, wurde in den vergangenen Tagen von der rechten Presse erneut heftig unter Be-schuss genommen. Zurzeit ist Mohad-gerani Beauftragter des Staatpräsidenten für den Dialog der Kulturen. Nicht in dieser Eigenschaft, sondern als Kandidat für die Nachfolge Chatamis rückte der zu dem Zeitpunkt fort-schrittlichste Minister im Kabinett in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Rätselhaft bleibt, warum man ihn drei Jahre vor dem Wahltermin für das Amt des Staatspräsidenten vorschlug und er selbst sich mit dem Vorschlag einver-standen erklärte. Die frühzeitige Kan-didatur und die Zustimmung des Kandi-daten führten denn auch zu zahlreichen Spekulationen in Teheran, die Mohad-gerani entweder als Kandidaten oder Feigenblatt der angeblich von Rafsand-jani hinter den Kulissen organisierten „Dritten Kraft“ sahen.

Sollten diese Spekulationen zutreffen, würde dies zumindest die aktuellen An-griffe der Ultrarechten auf ihn erklä-ren. Den vordergründigen Anlass zu den aktuellen Vorwürfen lieferte ein In-terview Mohadgeranis mit der Zeitung Etemad. Darin äußerte sich Mohadgerani unter anderem über den iranisch-irakischen Krieg. Dieser Krieg sei kein ideologischer Krieg, auch kein Krieg zwischen Islam und dem Verderben gewesen, sondern ein Bruderkrieg, der viel früher hätte beendet werden kön-nen. Selbstverständlich stehen solche Ansichten der offiziellen Propaganda diametral entgegen, für die der Iran-Irak-Konflikt ein „Heiliger Krieg“ für den Islam war und ist. Die Angriffe richteten sich aber auch gegen die Per-son Mohadgerani - so erklärte die ul-trarechte Tageszeitung „Keyhan“ sogar,

sie habe vernichtendes Beweismaterial gegen Mohadjerani, das sie zu gegebener Zeit veröffentlichen werde.

Eine Woche Hafturlaub für inhaftierte Journalisten

Die Journalisten Akbar Gandji und Ema-deddin Baghi zählen zu den prominentesten Vertretern ihres Berufsstandes. Akbar Gandji war Teilnehmer der Berliner Iran-Konferenz. Seit seiner Rückkehr befindet er sich in Haft. Er wurde zu zehn Jahren Gefängnis und fünf Jahren Verbannung verurteilt. Als Kollegen den beiden nach Verlassen des Gefängnisses Fragen stellen wollten, erklärte Gandji, er habe dem Richter versprochen, keine Interviews zu geben. Daran wolle er sich halten.

Verhöre von Künstlern und Schriftstellern

In den letzten Monaten wurden zahlreiche Schriftsteller, Filmemacher, Künstler und Sachbuchautoren zum Verhör bestellt. Offenbar stehen diese Verhöre in Zusammenhang mit der Verhaftung des Journalisten Siamak Purzand und dessen angeblichen Geständnissen. (Siehe iran-report Nr. 6, August 2002). Einer der Betroffenen ist der Drehbuchautor Pajam Fazlinejad, der in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ISNA über die Verhöre berichtet. Es handele sich um eine breit angelegte Kampagne gegen Künstler, Schriftsteller und Filmemacher, so Fazlinejad. Nach den erzwungenen Geständnissen von Siamak Purzand sei eine Verschärfung der Kampagne zu erwarten. Ziel dieser Kampagne sei es, Kulturschaffende zu denunzieren, sie nicht politisch, sondern moralisch anzugreifen und als verderbliche Elemente, vor allem als sexuell abartige Menschen darzustellen und mit Inhaftierung zu bestrafen. Bei seinem Verhör sei er mehrmals beschimpft und beleidigt worden. Ebenso habe man bekannte Filmregisseure wie Kiarostami und Tahmineh Milani in seiner Anwesenheit als verderbliche Elemente bezeichnet. Offenbar wolle man den kritischen Filmproduzenten, deren Werke inzwischen weltweit Anerkennung gefunden und oft mit Preisen gewürdigt worden sind, das Handwerk verbieten. Zahlreiche Filme seien bereits verboten worden.

Fazlinejad berichtet, dass man ihn mehrmals zum Verhör bestellt habe. Die Verhöre würden im Gebäude des Bauamts stattfinden. Weder dem Informationsministerium noch anderen Regierungsstellen sei die Gruppe, die die Verhöre durchführt, bekannt. Er weigere sich weiterhin, den Aufforderungen zu den Verhören zu folgen. „Sollte man mich dazu zwingen, möchte ich hiermit offen zugeben, dass ich Folterungen nicht ertrage und alles, was sie wollen unterschreiben werde, selbst wenn ich gestehen sollte, Unzucht getrieben, sexuelle Beziehungen zu irgendeiner Frau und homosexuelle Beziehungen gehabt zu haben oder als Spion tätig gewesen zu sein. Doch jeder soll wissen, dass diese Geständnisse erzwungen und unwahr sind.“

II. Wirtschaft

Auslandsschulden

Die Summe der iranischen Auslandsschulden beläuft sich nach kürzlich veröffentlichten Angaben der Zentralbank auf 7 Milliarden US-Dollar. Davon steht 2002 die Hälfte zur Tilgung an. Zur Regelung der Schuldentilgung wurde eine dreiköpfige Kommission gebildet, bestehend aus je einem Vertreter des Wirtschafts- und Finanzministeriums sowie einem Vertreter der Zentralbank. Der Teheraner Wirtschaftsexperte Mehdi Saghafi meinte in einem Interview mit Radio Freies Europa, die Bildung der Kommission sei im Grunde überflüssig, da die Frist für die Tilgung der Anleihen plus Zinsen feststehe. Iran habe, so Saghafi weiter, in den Jahren nach dem iranisch-irakischen Krieg weitaus mehr Anleihen aufgenommen, als es zurückzahlen konnte. Dadurch sei die Kreditwürdigkeit des Landes stark gesunken. Doch inzwischen sei Iran durch den Anstieg der Einnahmen aus dem Öllexport durchaus imstande, die Schulden zu tilgen.

Euro statt Dollar

Der Direktor der iranischen Zentralbank Mohsen Nurbachsh kündigte an, dass Iran seine Außenwirtschaft nicht mehr ausschließlich in Dollar, sondern künftig auch in Euro abwickeln werde. Die Europäische Union sei immerhin der größte Handelspartner Irans. Im vergangenen Jahr exportierte Iran Waren im Wert von 6,5 Milliarden Dollar in die EU, 80% davon Rohöllieferungen. Künftig sollen zumindest diese teilweise in Euro verkauft werden. Die Zentralbank tauschte bereits die Hälfte ihrer Devisenreserven in Höhe von 7 Milliarden Dollar in Euro um. Nach Saudi Arabien ist Iran unter den OPEC-Ländern der größte Ölexporteur. In diesem Jahr erzielte Iran bereits Einnahmen in Höhe von rund 10 Milliarden Dollar aus dem Öllexport.

Chatami: „Unsere Wirtschaft ist krank“

Bei seiner Pressekonferenz am 28. August sagte Staatspräsident Chatami, die iranische Wirtschaft sei krank. Diese Krankheit habe strukturelle Ursachen, die seine Regierung zu beseitigen versuche. Statistiken zufolge,

die die „United Nations Conference on Trade and Development“ (UNCTAD) im August veröffentlichte, steht Iran mit einem Bruttosozialprodukt von rund 100 Milliarden Dollar im internationalen Vergleich an 37. Stelle. Das bedeutet, dass Iran mit 65 Millionen Einwohnern oder etwas mehr als 1% der Weltbevölkerung nur 0,3% der weltweiten Waren und Dienstleistungen produziert bzw. erstellt. Im Vergleich zu Iran liegt der Wert des Bruttosozialprodukts der Türkei bei 200 Milliarden Dollar, also doppelt so hoch, obwohl die Türkei weder Erdöl noch Erdgas produziert. Mit umgerechnet ca. 1600 Dollar im Jahr ist der Pro-Kopf-Anteil am BSP in Iran höher als in Ägypten oder Marokko, aber um rund 300 Dollar niedriger als Tunesien.

Bericht der Weltbank

Laut einem Bericht der Weltbank hatte Iran im Jahr 2000 rund 64 Millionen Einwohner. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen betrug in diesem Jahr 1.640,- Dollar. Im Vergleich dazu betrug das durchschnittliche Bruttoeinkommen in den Ländern des Nahen Ostens und Nord-Afrikas 2.040 Dollar und in anderen Ländern mit niedrigem Einkommen 1.140 Dollar.

Nach dem Bericht der Weltbank leben 76% der Bevölkerung Irans in den Städten. 15,5% der Gesamtbevölkerung leben unter dem Existenzminimum. Das durchschnittliche Lebensalter liegt bei 71 Jahren. 11% der Kinder unter 5 Jahren leiden unter Nahrungsmangel.

Die Analphabetenquote bei Menschen über 15 Jahren liegt bei 23%. Das Bruttosozialprodukt ist von 93 Milliarden Dollar im Jahre 1980 auf 99 Milliarden Dollar im Jahr 2000 angestiegen. Das ist ein Anstieg von 6% innerhalb von 20 Jahren.

Investitionsrisiko

Nach Informationen der iranischen Zentralbank liegt Iran im Bezug auf das Investitionsrisiko im Vergleich zu anderen Staaten an 58. Stelle. Dies spiegelt sich in einer steigenden Kapitalflucht wieder, die in den vergangenen 5 Jahren rund 16 Milliarden Dollar

abfließen ließ. Das kürzlich verabschiedete Gesetz zum Schutz ausländischer Investitionen soll einen Anreiz bieten, in Iran zu investieren. Doch nach Einschätzung von Wirtschaftsexperten wird das neue Gesetz das Problem nicht lösen können. Einen tatsächlichen Anreiz böten nur niedrigere Zölle und eine Steuerreform zugunsten ausländischer Investoren, die aktuellen Margen für Gewinne nach Steuern seien zu gering.

Armut und Arbeitslosigkeit

Nach Veröffentlichungen des iranischen Sozialministeriums, die sich auf die Statistiken der Weltbank stützen, sind rund 3,1 Millionen Iranerinnen und Iraner arbeitslos, 14% der Arbeitslosen seien Jungakademiker. Folge sei ein rasanter Anstieg der Armut, Drogensucht und Prostitution. Auch eine erhöhte Selbstmordrate sei zu verzeichnen.

Die Zunahme der Prostitution wird mit Besorgnis beobachtet, seit Monaten berichtet die iranische Presse über das Phänomen. Die Tageszeitung „Hajate-No“ zitiert offizielle Quellen, nach denen die Zahl der Prostituierten gegenwärtig auf 300.000 geschätzt wird. Rund zwei Millionen Iranerinnen, darunter junge Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren hätten keinen festen Wohnsitz. Einem Bericht der Nachrichtenagentur ISNA zufolge wurden im vergangenen Jahr allein in Teheran 4000 obdachlose Jugendliche registriert. Nach Angaben der Teheraner Polizei seien im letzten Quartal des vergangenen Jahres rund 60.000 Jugendliche festgenommen, die ihre Elternhäuser verlassen hätten.

Arbeitslose Ärzte verlassen Iran

Wie der Geschäftsführer der staatlichen Krankenversicherungsanstalt Abolghasem Mussavi kürzlich mitteilte, vermittelte ein Privatunternehmen 110 Fachärzte für Allgemeinmedizin, Krankenschwestern und Hebammen zur Arbeitsaufnahme in die arabischen Golfstaaten. Arabische Staaten am Persischen Golf, Großbritannien und Schweden hätten sich bereit erklärt, iranische Ärzte zu beschäftigen. Zurzeit seien rund 9000 iranische Fachärzte arbeitslos. Ohne Bewegung auf dem Arbeitsmarkt werde sich diese Zahl jährlich um 3000 bis 4000 erhöhen.

Flucht der „Klugen Köpfe“

Ali Tajefi, Wirtschaftswissenschaftler in Teheran, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur ISNA, dass die Zahl der an US-Hochschulen und Universitäten lehrenden Iraner dreimal so hoch sei, wie die der in Iran selbst lehrenden. Professor Bajazid Marduchi legte in einem Interview mit derselben Nachrichtenagentur genauere Daten über die in den USA lebenden iranischen Staatsangehörige vor. Nach seinen Angaben leben zurzeit rund 5000 iranische Ärzte, 2000 iranische Hochschullehrer und 20.000 Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten. Insgesamt hielten sich 2 Millionen Iraner in den USA auf. 44,4% von ihnen hätten einen Hochschulabschluss.

III. Außenpolitik

Eintägiger Staatsbesuch Chatamis in Kabul

Am 13. August reiste Staatspräsident Chatami mit einer hochrangigen Delegation zu einem Staatsbesuch nach Kabul. Die 16-stündige Visite war der erste Besuch eines iranischen Staatsoberhauptes in Afghanistan nach vierzig Jahren und wurde von beiden Seiten trotz der Beschränkung auf einen Tag als Meilenstein in den iranisch-afghanischen Beziehungen bewertet. Ein wesentliches Ergebnis des Besuches stellte die Unterzeichnung eines Abkommens über Zoll- und Steuertarife dar. Danach werden künftig Zoll- und Steuertarife für Waren, die von oder über Iran nach Afghanistan und umgekehrt exportiert werden, um 50% gesenkt. Auf einer Pressekonferenz mit dem afghanischen Präsidenten Karzai warb Chatami für die iranische Außenpolitik und wies den Vorwurf zurück, Iran gewähre den Mitgliedern der Terrororganisation Al Qaida Zuflucht. Iran habe ausgedehnte gemeinsame Grenzen mit Afghanistan, so Chatami, werde aber niemals Terroristen, insbesondere den Mitgliedern von Al Qaida, die Afghanistan so viel Leid und Qual beschert haben, erlauben, diese Grenze zu missbrauchen. „Wir werden jeden Verdächtigen sofort festnehmen,“ unterstrich das iranische Staatsoberhaupt.

Chatami verwies auf die kürzlich erfolgte Auslieferung von 16 Al Qaida-Mitgliedern an Saudi Arabien und betonte, Iran habe stets verdächtige Personen an ihre Herkunftsländer ausgeliefert. Dies werde es auch in Zukunft tun. Die Position Irans gegenüber den Taliban sei weltweit bekannt. Iran habe mit den Taliban immer große Konflikte gehabt. Die Taliban hätten sogar iranische Diplomaten ermorden lassen. Deshalb seien auch seine Landsleute glücklich darüber, dass Afghanistan von den Terroristen befreit worden sei. Gerade den USA müsste bekannt sein, dass sich die Probleme in Afghanistan ohne iranische Unterstützung nicht so leicht hätten lösen lassen.

Chatami erklärte, sein Land habe entgegen den Behauptungen der USA nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einzumischen.

Iran habe stets das afghanische Volk unterstützt und sich nicht zuletzt in Bonn, Genf und Tokio dafür eingesetzt, dass der Friede in dieses Land einkehre. „Ich empfehle“, so Chatami, „dass kein Land sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans einmisch.“ Das afghanische Volk sei sicherlich mit der Einmischung anderer Länder nicht einverstanden, aber wohl auf die Hilfe anderer Nationen angewiesen.

Heute besitze Afghanistan eine Regierung, die den Willen des Volkes verkörpert und international Anerkennung genießt, erklärte Chatami. Das Land brauche nun Sicherheit und Frieden und müsse wieder aufgebaut werden. Alle Nationen seien verpflichtet, beim Wiederaufbau mitzuhelfen. Iran sei zu jeder möglichen Hilfeleistung bereit. Chatami verwies auf die unterzeichneten Abkommen und erklärte, seine Regierung werde mit der afghanischen Übergangsregierung eng zusammenarbeiten. Iran habe sich unter anderem bereit erklärt, 2000 afghanischen Studenten das gesamte Studium bis zur Promotion zu finanzieren. Ferner werde Iran Ausbildungseinrichtungen finanzieren, Straßen und Brücken, Bewässerungsanlagen, Eisenbahnschienen bauen, einige Gebiete mit Strom versorgen, zerstörte Fabriken wieder aufbauen und in diesem Jahr der afghanischen Regierung 50 Millionen Dollar Hilfe gewähren. Iran werde beim Wiederaufbau der afghanischen Armee und Polizei die nötige Hilfe leisten. Beide Staaten seien entschlossen, gemeinsam gegen den Terrorismus und Drogenschmuggel vorzugehen.

Präsident Karzai würdigte die traditionelle Freundschaft zwischen Iran und Afghanistan. Iran habe das afghanische Volk nicht nur in seinem Kampf gegen die Terroristen unterstützt, sondern auch Jahre lang über zwei Millionen Afghanen Zuflucht gewährt. Auch sei es nicht zuletzt Iran zu verdanken, dass die in Bonn versammelten afghanischen Gruppen sich einigen konnten. Seine Regierung und sein Volk seien für die großzügige Hilfe, die das Nachbarland leiste, zu Dank verpflichtet. Auf die Frage eines Journalisten, ob Afghanistan sich um die Beilegung der Konflikte zwischen Iran und den USA bemühen werde, erwiderte Karzai: „Wir haben mit Iran und den USA freundschaftliche Beziehungen, beide Staaten haben uns im Kampf gegen

den Terrorismus und der Bildung einer neuen Regierung geholfen. Wir werden, soweit es möglich ist, versuchen, dass etwaige Konflikte zwischen unseren Freunden beigelegt werden". Doch Afghanistan habe nicht die Absicht, sich in Beziehungen anderer Staaten einzumischen.

Rumsfelds Reaktion auf die Auslieferung von Al Qaida-Mitgliedern

Der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der Iran mehrmals bezichtigt hatte, Mitgliedern der Terrororganisation Al Qaida Zuflucht zu gewähren, stellte nach der Auslieferung von 16 mutmaßlichen Terroristen an Saudi Arabien durch Iran fest: „An uns wurde niemand ausgeliefert. Es besteht kein Zweifel darüber, dass Iran Mitgliedern der Al Qaida Einreise und Aufenthalt erlaubt hat. Es ist durchaus möglich, dass die iranischen Behörden ein paar Leute an die Nachbarstaaten ausliefern, aber bisher wurde kein einziges Mitglied der Terrororganisation an uns ausgeliefert.“ Tatsächlich hatte Iran am 11. August 16 Al-Qaida-Mitglieder an Saudi Arabien ausgeliefert. Dies bestätigte auch Saudi Arabiens Außenminister Saud Al Faisal gegenüber der Washington Post.

Wirtschaftsminister Müller in Teheran

Am 17. August reiste Wirtschaftsminister Werner Müller an der Spitze einer 40-köpfigen Delegation nach Teheran. Während seines zweitägigen Aufenthalts führte er Gespräche mit dem iranischen Industrieminister Eshagh Djahangiri und Wirtschaftsminister Tahmaseb Mazaheri. Dabei wurde ein 37 Jahre altes Investitionsschutzabkommen zwischen Deutschland und Iran neu formuliert und unterzeichnet. Der Vertrag werde die Investitionsbedingungen „erheblich“ verbessern, so der deutsche Wirtschaftsminister. Mazaheri sprach von einem „Wendepunkt“ in den wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten. Das neue Abkommen gewährt Investoren ausreichende Sicherheiten, es regelt die Entschädigung bei möglichen Enteignungen und die Schiedsgerichtsbarkeit für den Fall von Streitigkeiten. Das Abkommen muss allerdings noch vom Parlament ratifiziert werden. Müller erklärte, der Vertrag biete ein Höchstmaß an Schutz für Investitionen.

In seinem Ministerium lägen bereits 19 Anträge auf Schutz von Investitionen in Höhe von insgesamt 230 Millionen Euro. Nun hofft Teheran auf mehr Investitionen aus Deutschland. Die Regierungsvertreter sprachen auch über einen umfassenden Handelsvertrag zwischen Iran und der EU. Ebenso wie Javier Solana, der einige Wochen vor Müller Teheran besucht hatte, betonte der deutsche Wirtschaftsminister, das Abkommen mit der EU sei von bestimmten politischen Voraussetzungen wie dem Verzicht auf den Bau von Massenvernichtungswaffen und der Unterstützung des Kampfes gegen den Terrorismus abhängig.

USA sagen Teilnahme an den Weltmeisterschaften im Freistil-Ringen ab

Aus Sicherheitsgründen haben die USA ihre Teilnahme an den Weltmeisterschaften im Freistil-Ringen in Iran abgesagt und den internationalen Ringverband aufgefordert, die Wettkämpfe an einen sicheren Ort zu verlegen. Nach Mitteilung des Verbands „USA Wrestling“ sei offiziell bekannt geworden, dass die Sicherheit der amerikanischen Sportler in Iran gefährdet sei. Iranische Behörden wollten angeblich nicht die Verantwortung für möglicherweise gewalttätige anti-amerikanische Demonstrationen übernehmen.

Irans Position zu einer möglichen amerikanischen Intervention im Irak

Die iranische Regierung betonte in den letzten Wochen immer wieder, dass sie eine militärische Intervention im Irak entschieden ablehne. Ein militärischer Angriff auf Irak würde die gesamte Region in Aufruhr versetzen. Diese Haltung, die als offizielle Position Irans gilt, spiegelt nur zum Teil die tatsächlichen Interessen des Landes wieder. Selbstverständlich würde eine wie auch immer geartete amerikanische Präsenz im Irak eine zusätzliche Bedrohung der Souveränität der Islamischen Republik bedeuten. Unter den Nachbarstaaten Irans ist Irak das letzte Land, das nicht unter dem Einfluss der USA steht. So ist auch die iranische Furcht vor einer möglichen US-Intervention im Anschluss an einen Irak-Feldzug in Anbetracht der anhal-

tenden Drohungen aus Washington nicht ganz von der Hand zu weisen.

Allerdings hat die Islamische Republik auch keinen Grund, ein weiteres Verbleiben Saddam Husseins an der Macht zu unterstützen. Der achtjährige iranisch-irakische Krieg ist bei weitem nicht vergessen, denn zwischen den beiden Nachbarstaaten existiert, auch vierzehn Jahre nach Kriegsende, immer noch kein Friedensabkommen - nicht einmal der Austausch von Kriegsgefangenen wurde abgeschlossen. Die Volksmodjahedin haben, als einzige bewaffnete, gegen das Teheraner Regime kämpfende Organisation, ihren Hauptstützpunkt auf irakischem Territorium und erhalten von dort Waffen und weitere Ausrüstung. Im Irak regieren die Sunniten, obwohl das Land, wie Iran, mehrheitlich von Schiiten bewohnt wird. Der religiöse Führer der irakischen Schiiten und Vorsitzende des „Hohen Rates der Islamischen Revolution im Irak“, Ajatollah Mohammad Bagher Hakim, dem angeblich 12.000 Kämpfer zur Verfügung stehen, hält sich seit Jahren im Iran auf. Die irakischen Schiiten haben in Iran einen großen Einfluss, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Der Sturz Saddam Husseins würde mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Beteiligung der Schiiten an der Macht führen, was für Iran von großem Nutzen sein könnte.

Insofern wäre Teheran ein Regimewechsel im Irak durchaus willkommen. Doch Iran kann es sich als islamischer Staat nicht leisten, auch nur unterschwellig positive Signale an den „großen Feind“ USA zu senden. Beobachter sind jedoch der Ansicht, dass sich Iran im Falle einer militärischen Intervention im Irak trotz verbaler Proteste neutral verhalten würde.